

Kommunalwahl 2019

Kommunale Entwicklungspolitik: Globale Verantwortung und lokales Handeln!

In den letzten Jahren wurden global wichtige entwicklungspolitische Fortschritte erzielt. Trotzdem wird die Schere zwischen Arm und Reich weiterhin größer und dies nicht nur in Ländern des globalen Südens. Immer noch leben ca. 800 Millionen Menschen weltweit in extremer Armut. Viele Erwerbstätige arbeiten unter menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen und mit geringem Einkommen. In vielen Ländern sind u.a. geringe Schulbildung, hohe Müttersterblichkeit, Flucht, Vertreibung und massive Umwelt- und Klimaschäden entsprechende Folgen. Gerade der Klimawandel ist immer häufiger ein zentraler Grund für Menschen, ihre Heimat zu verlassen.

Mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen und durch das Pariser Klimaabkommen drückt die Weltgemeinschaft ihre Überzeugung aus, dass sich die globalen Herausforderungen nur gemeinsam lösen lassen. Die Nachhaltigkeitsziele „Für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sorgen“ (SDG 12) sowie „Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen“ (SDG 13) erscheinen für einen Wandel hin zu einer ressourcenschonenden, nachhaltigen und emissionsarmen Lebens- und Wirtschaftsweise, die auch die Wahrung der Menschenrechte berücksichtigt, besonders wichtig.

Zu Erreichung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 und der Ziele des Pariser Klimaabkommens können und müssen auch die Kommunen einen Beitrag leisten, den sie spielen in Fragen der Entwicklungs- und Klimapolitik eine wichtige Rolle.

Bei der öffentlichen Beschaffung können Kommunen eine Vorbildfunktion einnehmen, indem sie soziale und ökologische Kriterien bei der Vergabe berücksichtigen. Dies schließt auch die Beachtung der ILO-Kernarbeitsnormen entlang der Produktions- und Lieferketten ein. So werden z.B. jährlich für knapp 500 Milliarden Euro Waren und Dienstleistungen in Deutschland von Bund, Ländern und Kommunen eingekauft. Werden hier Produkte eingekauft, die unter ökologischen und sozial verantwortlichen Aspekten hergestellt wurden, leisten Kommunen nicht nur einen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz, sondern auch zur Wahrung der Menschen- und Arbeitsrechte weltweit. Somit können auch Kommunen einen wichtigen Beitrag zur Veränderung des Marktes und damit der globalen Lebens- und Wirtschaftsweise beitragen. Auch die Europäische Union, die Bundesregierung und die rheinland-pfälzische Landesregierung sehen die Notwendigkeit ein und haben bereits entsprechende Gesetze und Verordnungen erlassen, damit Kommunen Beschaffungen nicht nur unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten tätigen können. Ökologische und sozial verantwortliche Aspekte der Beschaffung gelten inzwischen auch als Vergabegrundsätze. So werden Sozial- und Umweltstandards im Welthandel betont und einer nachhaltigeren Lebensweise eine Stimme gegeben. Neben dem Einkauf von Kommunen gibt es weitere zielführende Schritte, kommunale Entwicklungspolitik zu betreiben.

Der Faire Handel ist das Bemühen um einen gerechten und fairen Welthandel. Ihn gilt es, noch stärker zu unterstützen mit dem Ziel, ihn Schritt für Schritt zum Grundsatz wirtschaftlichen Handelns zu machen. Neben der Möglichkeit, den Fairen Handel zu



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

BUND Koblenz
Kornfortstr. 15
56068 Koblenz

achim.trautmann@bund-rlp.de

stärken, indem die Kommunen „Fairtrade-Kommunen“ werden und auch andere Akteure wie Schulen und Vereine einbinden, sollten vor allem kommunale oder zivilgesellschaftliche Steuerungsgruppen zum Fairen Handel unterstützt werden, damit entwicklungspolitische Themen keine Randthemen in einer Kommune bleiben, sondern in den Fokus eines gerechten Welthandels gestellt werden.

Die Organisationen „Engagement Global“ und die „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ bieten vielfältige Möglichkeiten, sich in der Kommune entwicklungspolitischen Themen anzunehmen. Dazu gehören nicht nur die Beratung und der Austausch, sondern auch konkrete Fördermöglichkeiten. Für kommunale Koordinationsstellen in der kommunalen Entwicklungspolitik gibt es aktuell einen Zuschuss in Höhe von bis zu 90 % für die ersten drei Jahre bei Einrichtung einer solchen Stelle in den Kommunen. Kommunen wie Trier und Mainz haben diese Möglichkeiten bereits aufgegriffen und somit ihr entwicklungspolitisches Profil geschärft.

Weitere Möglichkeiten ergeben sich auch aus der Förderung von gemeinsamen Projekten von Kommunen in Deutschland mit anderen Kommunen in der Welt. Das können z.B. Klimapartnerschaften sein oder der Austausch zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Dieses Potential gilt es zu nutzen, um Entwicklungspolitik zu veranschaulichen und kommunal vor Ort stärker zu verankern.

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt steht deutschen Kommunen als Kompetenzzentrum in allen Fragen kommunaler Entwicklungspolitik zur Seite. Es werden Akteure aus Kommunalverwaltungen und Politik in ihrem entwicklungsbezogenen Engagement durch Qualifizierungs-, Informations- und Beratungsangebote unterstützt. Außerdem werden Modellprojekte umgesetzt und es wird Unterstützung zur finanziellen und personellen Förderung von Projekten gegeben.

Mögliche Forderungen:

Daher fordern wir für die Kommunalwahl 2019 in YYY:

- die Einrichtung einer kommunalen Koordinierungsstelle für Entwicklungspolitik
- einen Stadtratsbeschluss zur öko-sozialen Beschaffung
- die Umsetzung einer umfassenden öko-sozialen Beschaffung
- die Weiterbildung von kommunalen MitarbeiterInnen zu fördern
- die Einrichtung einer Steuerungsgruppe in der Verwaltung unter Einbeziehung von zivilgesellschaftlichen Akteuren
- den Fairen Handel zu stärken und öffentlich dafür zu werben

Mögliche Fragen:

Wir fragen Sie:

1. Welchen Waren und Dienstleistungen kauft die Stadt XY bereits heute unter ökologischen und sozial verantwortlichen Kriterien ein?
2. Unterstützt Ihre Partei einen öko-sozialen Einkauf der Stadt und wenn ja, was sollten Waren und Dienstleistungen sein, die die Stadt zukünftig unter ökologischen und sozial verantwortlichen Kriterien einkauft?



3. Wie unterstützt die Stadt XY bereits heute den Fairen Handel?
4. Welche Anregungen und Ideen zum Fairen Handel möchten Sie die zukünftige Kommunalpolitik einbringen?
5. Wie wollen Sie zukünftig Weltläden, Fairhandelsgruppen und andere zivilgesellschaftliche Akteure in Ihrer Kommune unterstützen?